



Presseinformation

Es gilt das gesprochene Wort!

Sperrfrist Redebeginn

Nr. 132 / 2014

Kiel, Donnerstag, 20. März 2014

Bildung / Gymnasien

Anita Klahn: Schleswig-Holstein darf in der Bildungspolitik keine Insel werden!

In ihrer Rede zu TOP 4 (Gesetzentwurf zur Schaffung von Wahlfreiheit an Gymnasien) erklärt die bildungspolitische Sprecherin der FDP-Landtagsfraktion, **Anita Klahn**:

„Die FDP-Fraktion hat sich entschieden, aufgrund der angespannten Situation an den Schulen, aber insbesondere durch bemerkenswerte Entwicklungen im gesamten Bundesgebiet hin zu G9 erneut die Frage von G8 und G9 in Schleswig-Holstein auf die Tagesordnung zu heben.

Unser Gesetzentwurf schafft die Voraussetzung, dass Gymnasien wieder in eigener Verantwortung über die Einrichtung eines acht- oder neunjährigen Bildungsganges oder das parallele Angebot beider Bildungsgänge entscheiden können. Gymnasien können so wieder G8, G9 oder G-Y anbieten und den lokalen Bedürfnissen Rechnung tragen. Auch wird klargestellt, dass Gymnasien eine Oberstufe haben müssen.

Bleibt die vor kurzem erfolgte große Schulgesetznovelle, wonach an Gymnasien grundsätzlich der achtjährige Bildungsgang vorgeschrieben ist, unverändert, wird Schleswig-Holstein zukünftig bildungspolitisch isoliert. Die wenigen Gymnasien, die noch unter Bestandsschutz G9 oder das Y-Modell anbieten dürfen, werden dieses Bild nicht korrigieren.

Dazu werden in Schleswig-Holstein die Schülerinnen und Schüler flächendeckend benachteiligt, die sich aus verschiedenen Gründen gegen eine achtjährige Gymnasialzeit entscheiden wollen. Diese müssen nach dem jetzt geltenden Schulrecht auf eine Gemeinschaftsschule, ob diese Schulform für sie geeignet ist oder nicht.

Wolfgang Kubicki, MdL
Vorsitzender

Christopher Vogt, MdL
Stellvertretender Vorsitzender

Dr. Heiner Garg, MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer

www.fdp-fraktion-sh.de

Also auch unter dem Aspekt die gesetzlich verbriefte Schulwahlfreiheit zu einer echten Wahlfreiheit auszugestalten, halten wir Liberale es für wichtig, das Thema „Wahlfreiheit an Gymnasien“ erneut aufzugreifen.

Auch dürfen wir den bundesweiten Trend zur Rückkehr zu G9 nicht außer Acht lassen. Jüngst hat die Bildungsministerin von Niedersachsen, die Rückkehr ihres Bundeslandes zu G9 erklärt. In Hessen, Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg läuft dieser Prozess bereits; Rheinland-Pfalz ist niemals von G9 abgerückt. In Bayern, Hamburg und Berlin gibt es ebenfalls erfolgreiche Initiativen G9 an Gymnasien wieder einzuführen.

Auch wenn es Ihnen, meine Damen und Herren aus der Regierungskoalition nicht gefallen wird, es bleibt festzustellen, dass Schleswig-Holstein unter einem liberalen Bildungsminister federführend bei der Einführung der Wahlfreiheit von G8 / G9 war. Dieses wurde von den anderen Bundesländern als vorbildlich anerkannt und übernommen. Sie tragen die Verantwortung dafür, wenn Schleswig-Holstein jetzt von der Entwicklung im Bundesgebiet abgekoppelt werden würde.

Erkennen Sie doch an, dass die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung die Rückkehr zu G9 an Gymnasien will. In einer am 26.02.2014 veröffentlichten Forsa-Umfrage haben sich fast drei Viertel der Befragten (72 Prozent) dafür ausgesprochen, dass möglichst alle Bundesländer wieder zur neunjährigen Gymnasialzeit (G9) zurückkehren sollten. Bei den Befragten mit Kindern im Haushalt plädierten dafür sogar 75 Prozent. Diese Umfrage fügt sich damit in ältere Umfragen ein, die alle ähnliche Ergebnisse lieferten. Die Akzeptanz der Schulzeitverkürzung hat sich in den letzten zehn Jahren nicht verbessert, sondern ständig verschlechtert.

Nicht nur der Philologenverband erklärt deutlich, dass das flächendeckende G8 gescheitert sei, da es unter den gegebenen Rahmenbedingungen gravierende Nachteile und keine substantiellen Vorteile von G8 gebe. Ohne deutlichen Anforderungsverzicht wird die Belastungssituation für die Mehrheit der Schülerinnen und Schüler nicht zu beseitigen sein, erhoffte Einspar- und Verjüngungseffekte wurden gerade nicht realisiert. Die Inanspruchnahme von Auslandsaufenthalten während der Schulzeit ist zurückgegangen. Notwendige Zeit für Übung und Vertiefung fehlt. Insbesondere Jungen werden in der Mittelstufe zu Bildungsverlierern.

Auch andere Vereine und Verbände fordern nachdrücklich die Rückkehr zu G9. So stellt der Landesfeuerwehrverband, stellvertretend für viele Verbände, fest, dass sich das ehrenamtliche Engagement der Schülerinnen und Schüler durch die immer kompakteren und längeren Unterrichtszeiten des Abiturs nach acht Jahren deutlich verringert habe. Folge ist, dass die Feuerwehr, aber auch zahlreiche andere Sport- und Jugendvereine, mit einem verschärften Nachwuchsmangel zu kämpfen haben.

G8 wurde ohne notwendige Anpassung der Rahmenbedingungen eingeführt. Schulbücher wurden nicht angepasst, Lehrer mit der Umsetzung allein gelassen – bis heute. Ein gesamtes Schuljahr mit 265 Unterrichtsstunden muss komplett in dem G8-Jahrgang aufgefangen werden. Das geht nur durch verlängerte Unterrichtszeiten. Und dies geht zulasten von anderen Freizeitaktivitäten mit den dort erlernbaren sozialen Kompetenzen.

Gerade Jugendliche brauchen auch Freiräume, um durch Teilnahme in Sportvereinen, gemeinsam zum Beispiel in einer Band Musik zu machen oder einfach gemeinsame Zeit mit Freunden zu verbringen, um dort ihre Persönlichkeit zu entwickeln.

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, gerade Fachleute prognostizieren, dass unsere Kinder die Konkurrenzfähigkeit auf dem Bildungsmarkt verlieren werden, wenn sich Schleswig-Holstein dem Trend der großen Bundesländer zur G9-Option entziehe. Ich fordere Sie daher auf, machen Sie Bildungspolitik endlich zur Chefsache.

Wir leben in einer Wissensgesellschaft und das Einzige was wir haben, ist die Bildung und das Wissen unserer Kinder. Wir können es uns nicht leisten, dass unser Land zu einem Bildungsabsteiger wird. Wir dürfen nicht fahrlässig mit der Zukunft unserer Kinder umgehen. Wir brauchen die Innovationspotentiale und wir brauchen das Know-How.

Ihre Bildungsministerin manövriert sich jedoch mit ihrer ideologisierten Politik in eine Ecke. Sie bringt Eltern, Lehrer und Schüler gegen sich auf. Die derzeitige Politik ihrer Bildungsministerin ist nicht dazu geeignet, Frieden in die Schullandschaft zu bringen. Vielmehr treibt die Ministerin die Schulen fahrlässig in einen Existenzkampf, der unsere gewachsene Schulstruktur erschüttert.

Sehr geehrter Herr Albig, ich möchte ihnen die Worte Ihres niedersächsischen Amtskollegen Stephan Weil näher bringen, der zur Einführung von G8 an Gymnasien folgendes ausführte:

„Ich habe daran [also an G8] von Anfang an erhebliche Zweifel gehabt. Diese Zweifel sind im Laufe der Zeit nicht weniger geworden. Viele betroffene Jugendliche klagen über viel zu wenig Zeit für ein Leben jenseits der Schule. Eltern weisen uns auf den Druck und den Stress hin, unter dem ihre Familie leiden. Und insbesondere gibt es interessanterweise auch Kritik aus der Wirtschaft, denn viele Betriebe hadern mit der manchmal unübersehbaren fehlenden Reife ganz junger Abiturienten.“

Und auf die Frage, ob eine Entscheidung für G9 an Gymnasien nicht zulasten der Gesamtschulen in Niedersachsen gehen würde, antwortet Weil:

„Das ist mir zu sehr um die Ecke gedacht. Für die Eltern und Schüler soll es ein gutes Schulangebot ihrer Wahl geben. Das gilt für Gymna-

sien und Gesamtschulen gleichermaßen. Ich lehne es ab, eine Schulform künstlich schlechter zu behandeln, um die andere zu fördern.“

Ich frage Sie, Herr Ministerpräsident, erinnern Sie sich an ihre eigenen Worte, die sie kurz nach Regierungsantritt gewählt haben? Sie haben von starken Gymnasien gesprochen und davon, dass endlich aufgehört werden muss, die Schulsysteme gegeneinanderzustellen.

Recht haben sie! Diese Politik muss ein Ende finden. Der vorliegende Gesetzentwurf schafft wieder die Wahlfreiheit für Gymnasien, den neunjährigen Bildungsgang oder G-Y einzuführen. Es handelt sich um keine zwangsweise Einführung von G9, sondern den lokalen Bedürfnissen kann Rechnung getragen werden.

Das Turbo-Abi ist nie in der Mitte der Gesellschaft angekommen. Es geht hier um nicht mehr und nicht weniger als um die Bildung von zahlreichen Schülerinnen und Schülern, die durch die erheblichen Belastungen von G8 zu Teil so stark schulisch eingebunden sind, dass sie auf ehrenamtliches Engagement verzichten müssen.

Helfen wir diesen Schülerinnen und Schülern und sorgen dafür, dass die Schulen selbst entscheiden können, ein passgenaues Schulangebot vor Ort zu gewährleisten. Und im Hinblick auf die bundesweite Entwicklung füge ich hinzu: Schleswig-Holstein darf keine bildungspolitische Insel werden.

Ich bitte um weitere Fachberatung im dafür zuständigen Bildungsausschuss.“